

Neues Deutschland

29.01.2010

Wassersuppe vorm Erfurter Landtag

Aktion »Kommunen in Not« der Linksfraktion

Von Hans-Gerd Öfinger

Den Protest gegen das finanzielle Ausbluten der Kommunen trug die Linksfraktion im Thüringer Landtag am Donnerstag auf die Straße. 2010 werde das schwierigste Jahr seit der Wiedervereinigung, sagte Bodo Ramelow vor dem Landtagsgebäude.

Zeitgleich mit der Plenarsitzung des Thüringer Landtags versammelten sich gestern vor dem Gebäude in Erfurt über 100 Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitiker und von den Kürzungen Betroffene aus allen Teilen des Landes, um auf die prekäre Finanzlage der Kommunen aufmerksam zu machen. Unter einem großen roten »Schutzschirm« löffelten sie symbolisch die »dünne Suppe« aus, die ihnen Land und Bund eingebrockt hätten.

»Es hat sich zum wiederholten Mal bestätigt, dass die Kommunen in einer dramatischen Finanzlage sind. Für diese Situation tragen nicht die Kommunen selbst die Verantwortung, sondern der Bund und das Land«, brachte Bodo Ramelow, Chef der Linksfraktion, die Kritik am finanziellen Ausbluten der Kommunen zum Ausdruck.

Die thüringer Landesregierung habe über Jahre hinweg »eine höchst kommunalfeindliche Politik betrieben« und sei dafür verantwortlich, dass den Kommunen in diesem Jahr Beträge in mehrstelliger Millionenhöhe fehlten. 2010 werde »das finanziell schwierigste Jahr seit der Wiedervereinigung«, so Bodo Ramelow.

»Den thüringer Kommunen steht das Wasser bis zum Hals«, erklärte der Landesvorsitzende der thüringer LINKEN, Knut Korschewsky, und verwies auf Steuerrechtsänderungen des Bundes, an denen die CDU-geführte Landesregierung durch ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat immer beteiligt gewesen sei. Die Übertragung neuer Aufgaben an die Kommunen sei ohne finanziellen Ausgleich erfolgt. Hinzu kämen höchst fragwürdige Berechnungsmethoden zur Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs, mit denen die Kommunen künstlich reich gerechnet würden. Drastische Steuerausfälle bei den Kommunen infolge der Wirtschaftskrise und des von Bundestag und Bundesrat beschlossenen »Wachstumsbeschleunigungsgesetzes« täten ein Übriges, bemängelte der kommunalpolitische Sprecher Frank Kuschel. Eine weitere Kürzung bei den Kommunal финанzen gehe an die Substanz und gefährde landesweit zahlreiche »freiwillige Leistungen« der Kommunen für Projekte und Initiativen im Sozial-, Jugend-, Sport- und Kulturbereich. Viele dieser gesellschaftlich sinnvollen und wichtigen Einrichtungen seien in ihrer Existenz bedroht, so Kuschel.

Mehrere Teilnehmer nutzten die Chance des »offenen Mikros« und schilderten spontan die negativen Folgen der drohenden Mittelkürzungen für ihre konkreten Projekte und Einrichtungen. Der Erfurter Protest ist erst der Auftakt einer Kampagne »Kommunen in Not«, mit der die thüringer Linksfraktion, Kommunalpolitiker und Betroffene den Druck auf die Landesregierung erhöhen wollen. In den kommenden Wochen sollen in zahlreichen Städten und an Brennpunkten Aktionen und Veranstaltungen stattfinden. Mit der Kampagne soll die Forderung nach einer Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs bekräftigt werden.